

**STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN**

**Wirtschaftskalender**

**1969**



Bestellnummer : 100500 - 69

**VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ**

## I n h a l t

	Seite
1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	17
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	
	1969 18
	1970 19

Erschienen im J u l i 1970

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,--

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

fd. r.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		<u>JANUAR</u>	
1	1.1.	Inkrafttreten des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1969 (Haushaltsgesetz 1969) vom 18. April 1969 (BGBl. II S. 793)  Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1969 wird in Einnahme und Ausgabe auf rd. 83,346 (1968 = 80,656) Mrd. DM festgestellt, und zwar im ordentlichen Haushalt auf rd. 79,495 (1968 = 72,438) Mrd. DM und im außerordentlichen Haushalt auf rd. 3,852 (1968 = 8,217) Mrd. DM	Staatseinnahmen und -ausgaben
2	1.1.	Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie ab 1. Januar im Bundesgebiet - 3 % ab 1. September im Bundesgebiet (ohne Bayern) - 8 % ab 1. Oktober in Bayern - 8 % im Braunkohlenbergbau ab 1. Januar im Rheinischen Revier - 8 % ab 1. Dezember im Rheinischen Revier - 13,5 % in der Eisen- und Stahlindustrie ab 1. Januar im Saarland - 3 % ab 1. März in Nordrhein-Westfalen - 1,9 % ab 1. März in Nordrhein-Westfalen - 2 % ab 1. September in Nordrhein-Westfalen - 11 % ab 1. September im Saarland - 11 % im Volkswagenwerk in Wolfsburg ab 1. Januar - 3,8 % ab 1. Dezember - 10 % im Einzelhandel ab 1. Januar in Schleswig-Holstein - 6 % ab 1. Februar in Hamburg und Hessen - 6 % ab 1. März in Niedersachsen - 6 % ab 1. April in Nordrhein-Westfalen - 4,5 % bis 6 % in Baden-Württemberg - 5,8 % bis 6,9 % in der Pfalz - 10 % bis 21 % ab 1. November in Nordrhein-Westfalen - 12,2 % in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen - 10 %	Löhne und Gehälter Löhne und Gehälter Löhne und Gehälter Löhne und Gehälter Löhne und Gehälter Löhne und Gehälter Löhne Löhne Löhne und Gehälter Löhne Löhne Löhne und Gehälter Gehälter Löhne und Gehälter Gehälter Gehälter Löhne Gehälter

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Januar	
		ab 1. Dezember in Niedersachsen und Hessen ca. 10 % in Baden-Württemberg - 9 % bis 13 %	Gehälter Gehälter
		in den Apotheken ab 1. Januar im Bundesgebiet - 7,5 % bis 20 %	Gehälter
		Grundvergütung der Angestellten und Ecklohn der Arbeiter bei Bund (einschl. Bundesbahn und Bundespost), Länder und Gemeinden um 6 %	Löhne und Gehälter
3	1.1.	Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter und Angestellte bei Bund (einschl. Bundesbahn und Bundespost), Länder und Gemeinden von bisher 44 auf 43 Wochenstunden für Angestellte im Privaten Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet von bisher 42,50 auf 41,25 Wochenstunden	Arbeitszeit
4	1.1.	Durch das Dritte Gesetz über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer vom 3. März 1969 erhalten Bund je 35, Länder je 65 % (bisher 37 zu 63 %) vom Steueraufkommen (BGBl. I S. 173)	Staatseinnahmen
5	1.1.	Inkrafttreten des Elften Rentenanpassungsgesetzes - 11. RAG vom 23. November 1968 (BGBl. I S. 1189) Erhöhung der seit 1967 oder früher laufenden Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen um 8,3 % und der Renten für die 1966 oder früher eingetretenen Unfälle aus der gesetzlichen Unfallversicherung um 3,3 % In der Knappschaftsrentenversicherung Erhöhung des Ruhegeldes und der Erwerbsunfähigkeitsrenten um 4 %, der Berufsunfähigkeitsrenten um 6,1 %	Rentenversicherung
6	1.1.	Inkrafttreten der im Finanzänderungsgesetz 1967 festgesetzten Erhöhung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung von 15 auf 16 % des Bruttoentgelts	Rentenversicherung
7	1.1.	Inkrafttreten des Gesetzes über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1461) Einführung einer bis zum 31. Dezember 1970 befristeten Beförderungssteuer im Güterfern- und Werkfernverkehr im grenzüberschreitenden Güternah- und Werknahverkehr	Staatseinnahmen Steuern Preise

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Januar	
		Die Steuer beträgt für den Güterfern- und den grenzüberschreitenden Güternahverkehr 1 Pf, für den Werkfern- und grenzüberschreitenden Werknahverkehr je nach Nutzlast 3 bis 5 Pf je Tonnenkilometer	
8	1.1.	Inkrafttreten des Gesetzes zur Abgeltung von Reparations-, Restitutions-, Zerstörungs- und Rückerstattungsschäden (Reparationsschädengesetz - RepG) vom 12. Februar 1969 (BGBl. I S. 105)  Entschädigung der im Zusammenhang mit den Ereignissen und Folgen des zweiten Weltkrieges entstandenen Vermögensschäden natürlicher Personen  Folgende Verluste werden auf Antrag reguliert: Reparationsschäden, Restitutionsschäden, Zerstörungsschäden, Rückerstattungsschäden	Staatsausgaben
9	1.1.	Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von 4 und mehr Jahren - einschließlich der prämienebegünstigten Ratenspareinlagen - werden von der Mindestreservepflicht freigestellt. Reservesätze für kurzfristige Spareinlagen werden um 10 v.H. ihres derzeitigen Standes erhöht (Banz. Nr. 214 vom 14. November 1968)	Geldmarkt
10	1.1.	Prämiensätze in der Haftpflichtversicherung für Personenkraftwagen und Kombifahrzeuge in Großstädten um 5 %, in Landgebieten sowie für Bedienstete von Behörden um 2 1/2 % erhöht	Versicherung
11	1.1.	Verlängerung der bis zum 31. Dezember 1968 befristeten Entscheidung Nr. 1/67/EGKS vom 21. Febr. 1967 (s. Wirtschaftskalender 1967, lfd. Nr. 29) über Koks- und Koks für die Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft um ein Jahr (ABLEurGem. L 32/1 vom 8. Febr. 1969)	Eisen- und Stahlindustrie
12	2.1.	Zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in allen Bevölkerungsschichten gibt die Bundesregierung Bundesschatzbriefe heraus. Nennwert mindestens 100,-- DM, Zinssatz je nach Laufzeit zwischen 4 bis 8 % (Banz. Nr. 224 v. 30. November 1968)	Kapitalmarkt
13	27.1.	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 8. Februar)	Handel
14	28.1.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 310 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 12 Jahre. Emission voll untergebracht	Kapitalmarkt

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
15	1.2.	<p style="text-align: center;"><u>FEBRUAR</u></p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Druckindustrie</p> <p>ab 1. Februar im Bundesgebiet - 7 %</p> <p style="padding-left: 40px;">in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen - 7 %</p> <p>ab 1. Oktober im Bundesgebiet - 3 %</p> <p>im Groß- und Außenhandel</p> <p>ab 1. Februar in Schleswig-Holstein und Hessen - 6 %</p> <p>ab 1. April in Nordrhein-Westfalen - 6 %</p> <p>ab 1. August in Hamburg je Gehaltsgruppe DM - 30,-- bis 50,--</p> <p>im Großhandel</p> <p>ab 1. Februar in Rheinland-Rhein-hessen - 6 %</p> <p>in der Schmuck-, Silberwaren- und Edelmetall-industrie sowie Taschen- und Armbanduhrenindu- strie</p> <p>ab 1. Februar in Baden-Württemberg - 7 %</p> <p>ab 1. November in Baden-Württemberg - 8 %</p>	<p>Löhne</p> <p>Gehälter</p> <p>Löhne und Gehälter</p> <p>Gehälter</p> <p>Löhne</p> <p>Gehälter</p> <p>Gehälter</p>
16	26.2.	<p>Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 270 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabe-kurs 98 %, Laufzeit 10 Jahre. Anleihe voll unter- gebracht</p>	<p>Kapitalmarkt</p>
17	27.2.	<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung steuer-rechtlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1968) vom 20. Februar 1969 (BGBl. I S. 141)</p> <p>Die wichtigsten Änderungen:</p> <p>Gleichstellung von Lohn- und Einkommensteuer-pflichtigen bei Anwendung der Ehegattenbeste- uerung (Splittingverfahren) und der Kinderfrei- beträge</p> <p>Ausgaben für berufliche Aus- oder Weiterbildung können in bestimmtem Umfang als Sonderaufwendun- gen abgesetzt werden</p>	<p>Steuern</p> <p>Staatsausgaben</p> <p>Staatseinnahmen</p>

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
<u>MÄRZ</u>			
18	1.3.	<p>Lohn- und Gehaltserhöhung in der Zigarrenindustrie</p> <p>ab 1. März im Bundesgebiet - 5 %</p> <p>im Privaten Bankgewerbe, bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften, den zentralen Geldinstituten, den Kreditgenossenschaften im Deutschen Raiffeisenverband sowie in öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten</p> <p>ab 1. März im Bundesgebiet - 6,5 %</p>	<p>Löhne</p> <p>Gehälter</p>
19	1.3.	<p>Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter in der Zigarrenindustrie im Bundesgebiet von bisher 43 auf 42 1/2 Wochenstunden</p>	<p>1/2</p>
20	12.3.	<p>Gründung einer privaten gemeinsamen Erdölversorgungsgesellschaft mbH unter Beteiligung der größten deutschen Erdölfirmen</p> <p>Zweck der Gesellschaft ist die Sicherung der einheimischen Erdölversorgung bei möglichst niedrigen Preisen für Erdölprodukte sowie Aufrechterhaltung des Marktanteils deutscher Mineralölunternehmen bei der Gewinnung von Erdöl.</p> <p>In den ersten sechs Jahren ihrer Tätigkeit erhält die Gesellschaft Bundesmittel in Höhe von 757 Mill. DM</p>	<p>Staatsausgaben Energieversorgung</p>
21	19.3.	<p>Zur Wahrung der Preisstabilität und zur Verhinderung einer Konjunkturüberhitzung beschließt die Bundesregierung Kürzung der öffentlichen Ausgaben in Höhe von rd. 1,6 Mrd. DM (Bulletin Nr. 35 S. 293)</p>	<p>Staatsausgaben</p>
22	21.3.	<p>Erhöhung des Lombardsatzes der Deutschen Bundesbank um 1/2 auf 4 % (BANz. Nr. 60 vom 27.3.1969)</p>	<p>Geldmarkt</p>
<u>APRIL</u>			
23	1.4.	<p>Lohn- und Gehaltserhöhungen im Baugewerbe</p> <p>ab 1. April im Bundesgebiet - 6,5 %</p> <p>ab 18. Dezember im Bundesgebiet - 5,9 %</p>	<p>Löhne und Gehälter</p> <p>Löhne und Gehälter</p>

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		April	
		in der Chemischen Industrie	
	ab 1. April	in Rheinland-Pfalz und Hessen sowie im Tarifgebiet Nordrhein	ca. 7,5 %
	ab 1. Mai	in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen	- 7,5 %
		in Baden-Württemberg (ohne Südbaden)	ca. 7,5 %
	ab 1. Juni	in Bayern, im Saarland und im Tarifgebiet Westfalen-Lippe	- 7,5 %
		in Bayern sowie in den Tarifgebieten Westfalen und Südbaden	ca. 7,5 %
	ab 1. Oktober	im Bundesgebiet	- 3,5 %
		in der Industrie	
	ab 1. April	in Baden-Württemberg	- 7 %
		im Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel	
	ab 1. April	in Nordrhein-Westfalen	- 6 %
	ab 1. Mai	in Niedersachsen und Bayern	- 6 %
		in Baden-Württemberg	- 6 %
			bis 7 %
		im Privaten Versicherungsgewerbe	
	ab 1. April	im Bundesgebiet	- 6,5 %
	ab 1. Dezember	im Bundesgebiet	- 6 %
		in der Ernährungsindustrie	
	ab 1. April	in Nordrhein-Westfalen	- 6,5 %
		in der Papier- und Pappverarbeitenden Industrie	
	ab 1. April	in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg u. Bayern	ca. 7 %
		im Herrenmaßschneiderhandwerk	
	ab 1. April	im Bundesgebiet	- 5 %
		für die Arbeiter des Bundes (einschl. Bundesbahn und Bundespost), der Länder und Gemeinden Erhöhung der Lohnzulage von DM 0,29 auf DM 0,32, ab 1. Oktober Erhöhung der Ecklöhne um 6 bis 7 Pfennige	Löhne

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		April	
24	1.4.	Zweites Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts (Zweites Besoldungsneuregelungsgesetz - 2. BesNG) vom 14. Mai 1969 (BGBl. I S. 365)  Die mit dem Ersten Besoldungsneuregelungsgesetz vom 6. Juli 1967 eingeleitete Neuordnung des Besoldungsgefüges beim Bund und in den Ländern wird durch dieses Gesetz weitergeführt. Stufenweise Wiederherstellung einheitlicher Grundlagen für die Ämterbewertung bei Bund und Ländern durch Neugestaltung der Besoldungsstruktur (Grundgehalt und Ortszuschlag)	Staatsausgaben
25	1.4.	Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute bei der Bundesbank um 20 v. H. - bei den Privatbanken um 10 v. H. des gegenwärtigen Standes herabgesetzt	Geldmarkt
26	18.4.	Deutsche Bundesbank erhöht  Diskontsatz von 3 auf 4 % Lombardsatz von 4 auf 5 % Abgabesätze für Schatz- und Vorratsstellenwechsel um 1 % unverzinsliche Schatzanweisungen je nach Laufzeit bis zu 1 %	Geldmarkt
27	29.4.	Zuteilung von Kassenobligationen der Deutschen Bundespost im Wege der Ausschreibung in Höhe von 100 Mill. DM  Davon:  20 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 3/8 %, Zinssatz 5 %, Laufzeit 3 Jahre  80 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 1/4 %, Zinssatz 5 1/2 %, Laufzeit 4 Jahre	Geldmarkt
		<u>MAI</u>	
28	1.5.	Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Textilindustrie  ab 1. Mai            im Tarifgebiet Nordrhein            - 6,5 bis 8 % in Bayern            - 5,5 bis 6,5 % in Hessen und Baden-Württemberg    - 6,5 %  ab 1. Juni            in Niedersachsen und Bremen            - 6,2 % im Tarifgebiet Nordrhein und im Reg.-Bez. Osnabrück    - 6,5 %	Löhne Löhne Löhne Löhne Gehälter

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		<u>Mai</u>	
		ab 1. August in Westfalen, im Reg.-Bez. Osnabrück - 6,5 % Stundenlöhne linear um DM -,20	Gehälter Löhne
		in der Bekleidungsindustrie	
		ab 1. Mai in Nordrhein-Westfalen - 7,8 %	Löhne
29	21.5.	Inkrafttreten des Gesetzes zur Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Erfordernisse des Marktes (Marktstrukturgesetz) vom 16. Mai 1969 (BGBl. I S. 423)  Land- oder fischwirtschaftliche Betriebe können mit staatlicher Hilfe für bestimmte Produkte Erzeugergemeinschaften bilden, in denen durch einheitliche Erzeugungs- und Qualitätsregelung der Absatz der Waren gefördert werden soll	Landwirtschaft Staatsausgaben
		<u>JUNI</u>	
30	1.6.	Reservesätze der von den Kreditinstituten bei der Bundesbank zu unterhaltenden Mindestreserven erhöht:  Inlandsverbindlichkeiten um 15 % Auslandsverbindlichkeiten um 50 %	Geldmarkt
31	3.6.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei über Gewährung einer zweckgebundenen Finanzhilfe in Höhe von 175,3 Mill. DM (BAnz. Nr. 133 v. 24. Juli 1969)	Entwicklungshilfe
32	4.6.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Afghanistan über Gewährung einer projektgebundenen Kapitalhilfe in Höhe von 50 Mill. DM (BAnz. Nr. 102 v. 7. Juni 1969)	Entwicklungshilfe
33	16.6.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 98 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre. Anleihe voll untergebracht	Kapitalmarkt
34	19.6.	Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Zollordnung (BGBl. I S. 545)  Zollerleichterungen im grenzüberschreitenden Reiseverkehr zwischen den EWG-Mitgliedstaaten  Mitgeführte Waren bleiben bis zum Wert von 300,-- DM frei von allen Einfuhrabgaben (bisherige Freigrenze 50,-- DM). Festsetzung von Höchstmengen für Tabak, Alkohol, Kaffee u.a.	Zölle

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Juni	
35	20.6.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Marokko über finanzielle Zusammenarbeit. Gewährung von Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 50 Mill. DM (BAnz. Nr. 165 v. 6.9.69)	Entwicklungshilfe
36	20.6.	Erhöhung der Abgabesätze für Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Vorratsstellenwechsel: Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn sowie Vorratsstellenwechsel mit einer Laufzeit zwischen 30 bis 59 und 60 bis 90 Tagen um 1 %. Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit einer Laufzeit von 1/2 bis 2 Jahren um 3/4 %	Geldmarkt
37	20.6.	Deutsche Bundesbank erhöht: Diskontsatz von 4 auf 5 % Lombardsatz von 5 auf 6 %	Geldmarkt
		<u>JULI</u>	
38	1.7.	Lohnerhöhung in der Schuhindustrie ab 1. Juli im Bundesgebiet - 2 %	Löhne
39	9.7.	Deutsch-amerikanisches Abkommen über den Ausgleich der Devisenkosten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte für die Zeit vom 1. Juli 1969 bis 30. Juni 1971  Ausgleich von 80 % der auf rd. 7,6 Mrd. DM veranschlagten Devisenausgaben durch militärische Beschaffungen, Gewährung eines langfristigen Darlehens und andere finanzielle Maßnahmen zur Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz (Bulletin Nr. 92 v. 11.7.69)	Zahlungsbilanz Außenhandel
40	12.7.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ghana über Kapitalhilfe in Höhe von 25 Mill. DM (BAnz. Nr. 176 v. 23.9.69)	Entwicklungshilfe
41	22.7.	Zur Dämpfung der Hochkonjunktur und des Preisauftriebs sperrt die Bundesregierung geplante Ausgaben in Höhe von rd. 7 Mrd. DM	Staatsausgaben
42	25.7.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien über Finanzhilfe in Höhe von 250 Mill. DM (BAnz. Nr. 139 v. 1.8.69)	Entwicklungshilfe

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Juli	
43	28.7.	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 9. August)	Handel
44	31.7.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Nigeria über Gewährung einer projektgebundenen Kapitalhilfe in Höhe von rd. 51 Mill. DM (BAnz. Nr. 193 v. 16.10.69)	Entwicklungshilfe
		<u>AUGUST</u>	
45	1.8.	Reservesätze der von den Kreditinstituten bei der Bundesbank zu unterhaltenden Mindestreserven linear um 10 % erhöht (BAnz. Nr. 130 v. 19.7.69)	Geldmarkt
46	1.8.	Erhöhung der Beiträge für freiwillig versicherte Mitglieder bei den größten Ersatzkrankenkassen je nach Familienstand um 8,-- bis 13,-- DM	Krankenversicherung
47	1.8.	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juli 1969 (BGBI. I S. 946)  Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung für Angestellte von 900,-- auf 990,-- DM des steuerpflichtigen Monatseinkommens  (Weitere Maßnahmen des Gesetzes - Lohnfortzahlung, erneute Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze sowie Beteiligung der Versicherten an den Arzneimittelkosten - treten erst am 1. Januar 1970 in Kraft und erscheinen im Wirtschaftskalender für das 1. Vj. 1970)	Krankenversicherung
48	8.8.	Im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Ruhrbergbau stellt die Bundesregierung zur Neuordnung des Saarkohlenbergbaus 350 Mill. DM zur Verfügung (Bulletin Nr. 103 v. 8.8.69)	Staatsausgaben Bergbau
49	11.8.	Abwertung des französischen Franc um 12,5 %	Außenhandel
50	21.8.	Zuteilung von Kassenobligationen der Deutschen Bundespost im Wege der Ausschreibung in Höhe von 200 Mill. DM (BAnz. Nr. 155 v. 23.8.69)  Davon  110 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 99 1/8 %, Zinssatz 6 1/2 %, Laufzeit 3 Jahre  20 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 7/8 %, Zinssatz 6 1/2 %, Laufzeit 3 1/2 Jahre  70 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 1/2 %, Zinssatz 6 1/2 %, Laufzeit 4 Jahre  Anleihe voll untergebracht	Geldmarkt

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		August	
51	22.8.	Inkrafttreten des Gesetzes über die Gewährung von Investitionszulagen und zur Änderung steuerrechtlicher und prämierechtlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1969) vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1211)	Staatsausgaben
		<u>SEPTEMBER</u>	
52	1.9.	Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Holzverarbeitenden Industrie ab 1. September in Bayern - 1 % in der Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzstoff- erzeugenden Industrie ab 1. September in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Baden- Württemberg - 8,3 % in Hessen - 12 % in Bayern - 7,4 bis 9,6 %	Löhne  Löhne Löhne
53	1.9.	Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter und Angestellte in der Holzverarbei- tenden Industrie in Bayern sowie im Schreiner- handwerk in Nord- und Südwürttemberg und im Gla- serhandwerk in Baden-Württemberg von bisher 41 auf 40 Wochenstunden	
54	1.9.	Teillasozierungsabkommen zwischen der Europä- ischen Wirtschaftsgemeinschaft und Marokko und Tunesien in Kraft getreten (ABLEurGem.Nr.L197/69 und 198/69) Für Einfuhren von gewerblichen Erzeugnissen mit Ursprung in Marokko und Tunesien gewähren EWG- Länder Zollfreiheit. Sondervereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse	Außenhandel
55	1.9.	Deutsch-britisches Abkommen über den Ausgleich der Devisenkosten der britischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit vom 1. April 1969 bis 31. März 1971 Ausgleich von 80 % der auf rd. 1,9 Mrd. DM veran- schlagten Devisenausgaben durch Warenkäufe sowie Gewährung eines Darlehens (Bulletin Nr. 98 vom 25.7.69)	Außenhandel Zahlungsbilanz
56	11.9.	Deutsche Bundesbank erhöht Diskontsatz von 5 auf 6 % Lombardsatz von 6 auf 7 1/2 % Zinssatz für Kassenkredite von 5 auf 6 % (BANz. Nr. 172 v. 17.9.69)	Geldmarkt

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		September	
57	12.9.	Erhöhung der Abgabesätze für Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Vorratsstellenwechsel:  Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn sowie Vorratsstellenwechsel mit einer Laufzeit zwischen 30 bis 59 und 60 bis 90 Tagen um 1 %, unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und Bundespost mit einer Laufzeit von 1/2 bis 1 1/2 Jahren um 7/8 %, mit einer Laufzeit von 2 Jahren um 6/8 %	Geldmarkt
58	28.9.	Wahl zum 6. Deutschen Bundestag	
59	30.9.	Inkrafttreten des Einundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (21. ÄndG LAG) vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1232)  Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone werden unter bestimmten Voraussetzungen für erlittene Vermögensverluste entschädigt	Staatsausgaben
60	30.9.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran über Gewährung einer zweckgebundenen Kapitalhilfe in Höhe von rd. 40 Mill. DM (BANz. Nr. 216 v. 21.11.69)	Entwicklungshilfe
61	30.9.	Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, im Bergbau sowie im Schiffsbau örtlich kurzfristig wilde Streiks	Produktion Einkommen
62	30.9.	In Erwartung einer Aufwertung der Deutschen Mark starker spekulativer Devisenzufluß in die Bundesrepublik Deutschland  Zur Abwehr des Auslandsgeldes Devisenbörsen in der Zeit vom 25. bis 29. September geschlossen. Nach Wiedereröffnung stellt die Bundesbank auf Beschluß der Bundesregierung Interventionen am Devisenmarkt zu den bisherigen Höchst- und Mindestkursen vorübergehend ein (DM wird frei gehandelt) (Bulletin Nr. 123 v. 2.10.69)	Geldmarkt
		<u>OKTOBER</u>	
63	1.10.	Lohnerhöhungen im Malerhandwerk  ab 1. Oktober im Bundesgebiet - 5,2 %	Löhne
64	1.10.	Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter und Angestellte im Baugewerbe auf 40 Wochenstunden	Arbeitszeit

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Oktober	
65	11.10.	Verordnung zur vorübergehenden Senkung der Vomhundertsätze der §§ 1 und 4 AbsichG vom 10. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1864)  Befristete Aussetzung des Absicherungsgesetzes (siehe WK v. 4. Vj. 1968 lfd. Nr. 6) bis zum 30. November 1969	Staatseinnahmen Staatsausgaben Außenhandel
66	15.10.	Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Überbrückungszulage vom 30. Januar 1970 an Beamte (BGBl. I S. 125) und Tarifverträge über eine Zahlung an Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge usw. (GMBL. Nr. 30 v. 28.10.1969)  Zahlung einer einmaligen Überbrückungszulage in Höhe von 300,-- DM an Beamte, Richter, Soldaten, Versorgungsempfänger und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Arbeiter erhalten - je nach Ortslohnklasse und Lohngruppe - 260,-- oder 267,-- DM	Staatsausgaben Lohn und Gehalt
67	16.10.	Zuteilung von Kassenobligationen der Deutschen Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 200 Mill. DM (Banz. Nr. 192 v. 15.10.1969)  Davon  15 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 3/4 %, Zinssatz 6 1/2 %, Laufzeit 3 Jahre  35 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 1/4 %, Zinssatz 6 1/2 %, Laufzeit 3 1/2 Jahre  150 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 3/4 %, Zinssatz 6 1/2 %, Laufzeit 4 Jahre	Geldmarkt
68	18.10.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile über Gewährung einer projektgebundenen Kapitalhilfe bis zur Höhe von 30 Mill. DM (Banz. Nr. 146 v. 12.8.1969)	Entwicklungshilfe
69	23.10.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien über Gewährung einer Kapitalhilfe bis zur Höhe von 100 Mill. DM (Banz. Nr. 28 v. 11.2.1970)	Entwicklungshilfe
70	27.10.	Aufwertung der Deutschen Mark um 8,5 %  Die Parität gegenüber dem US-Dollar beträgt jetzt nur noch 3,66 DM (bisher 4,-- DM)	Staatsfinanzen Zahlungsbilanz Außenhandel
71	30.10.	Verordnung zur Aufhebung der §§ 1 und 2 AbsichG vom 28. Oktober 1969 (BGBl. I S. 2045)  Das am 1. Dezember 1968 in Kraft getretene Absicherungsgesetz (siehe WK v. 4. Vj. 1968, lfd. Nr. 9), am 11. Oktober 1969 vorübergehend ausgesetzt (siehe lfd. Nr.65), endgültig aufgehoben	Staatseinnahmen Staatsausgaben Außenhandel

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		<u>NOVEMBER</u>	
72	1.11.	Gehaltserhöhungen im Bankgewerbe ab 1. November im Bundesgebiet - 6 %	Gehälter
73	1.11.	Beschluß des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank vom 6. November 1969: 1. Die 100 % Mindestreserve auf den Zuwachs an Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland ist aufzuheben 2. Die Reservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland sind den Sätzen für Inlandsverbindlichkeiten anzugleichen 3. Die allgemeinen Mindestreservesätze sind um 10 % zu senken (BAnz. Nr. 209 v. 8. Nov. 1969)	Geldmarkt
74	18.11.	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 400 Mill. DM. Zinssatz 7 %, Ausgabekurs 99 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre. Anleihe voll untergebracht (BAnz. Nr. 212 v. 13. Nov. 1969)	Kapitalmarkt
75	28.11.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jemen über Kapitalhilfe bis zur Höhe von 28 Mill. DM (Bulletin Nr. 146 v. 2.12.1969)	Entwicklungshilfe
		<u>DEZEMBER</u>	
76	5.12.	Vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschlossen: Lombardsatz von 7 1/2 auf 9 % erhöht Mindestreservesätze für alle mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten im Monat Dezember 1969 um 10 % gesenkt (BAnz. Nr. 228 v. 9.12.1969)	Geldmarkt
77	8.12.	Erhöhung der Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen und Vorratsstellenwechsel: Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit einer Laufzeit zwischen 1/2 und 1 1/2 Jahren um 1/4 %, mit einer Laufzeit von 2 Jahren um 3/8 % Vorratsstellenwechsel mit einer Laufzeit zwischen 30 bis 59 und 60 bis 90 Tagen um 1/8 % (BAnz. Nr. 228 v. 9.12.1969)	Geldmarkt
78	31.12.	Ende der zwölfjährigen Übergangszeit zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes innerhalb der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	Handel Zölle

## 2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langj. Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	+ 0,5 bis + 3,0	60 bis 100 <sup>1)</sup>	40 bis 90	Im ganzen Bundesgebiet zu warm und größtenteils zu trocken. Die Sonnenscheindauer lag unter dem Normalwert
Februar	- 1,5 bis - 2,3 <sup>2)</sup>	80 bis 150	70 bis 120 <sup>3)</sup>	Überwiegend zu kalt und sehr niederschlagsreich. Sonnenscheindauer nur im Süden teilweise über den Bezugswerten
März	- 0,8 bis - 2,3 <sup>4)</sup>	60 bis 120	50 bis 90	Überall zu kalt, größtenteils zu trocken. Sonnenscheindauer nur im Norden teilweise über dem Normalwert
April	- 0,3 bis - 0,9	120 bis 190	70 bis 90 <sup>5)</sup>	Zu kalt und größtenteils zu naß. Sonnenscheindauer z. T. nur im Norden über den Bezugswerten
Mai	+ 0,3 bis - 1,4 <sup>6)</sup>	110 bis 180 <sup>7)</sup>	60 bis 90 <sup>8)</sup>	Überwiegend zu warm und zu naß. Sonnenscheindauer nur im Süden teilweise über den Durchschnittswerten
Juni	0,0 bis - 2,0 <sup>9)</sup>	90 bis 180	80 bis 100	Größtenteils zu kalt und zu naß. Sonnenscheindauer nur im Norden über dem Normalwert
Juli	+ 1,0 bis + 1,7	30 bis 90	100 bis 120	Im ganzen Bundesgebiet zu warm, zu trocken und zu sonnig
August	- 0,5 bis + 1,7 <sup>10)</sup>	110 bis 180 <sup>11)</sup>	80 bis 110	Im Norden zu warm und zu trocken, im Süden zu kalt und zu naß. Sonnenscheindauer nur im Norden über dem Normalwert
September	0,0 bis + 0,9	20 bis 60	90 bis 120 <sup>12)</sup>	Größtenteils zu warm und wesentlich zu trocken. Sonnenscheindauer lag nur im Süden unter den Bezugswerten
Oktober	+ 1,0 bis + 2,4 <sup>13)</sup>	10 bis 60	80 bis 140	Überall zu warm und zu trocken. Die Sonnenscheindauer lag allgemein über den Bezugswerten
November	+ 0,2 bis + 1,5	130 bis 180	80 bis 100 <sup>14)</sup>	Überwiegend zu warm. Verbreitet - an der Küste erheblich - zu naß. Nur im Süden lag die Sonnenscheindauer über dem Durchschnitt
Dezember	- 3,5 bis - 5,5	30 bis 90	60 bis 100	Zu kalt und überwiegend zu trocken. Die Sonnenscheindauer lag nur in Norddeutschland über dem Normalwert

1) Küstengebiet 90 bis 140 %. - 2) Süden und Südwesten - 1,2 bis - 2,0° C. - 3) Süden 70 bis 110 %, Südwesten 115 bis 170 %. - 4) Norden 2,2 bis 3,8° C. - 5) Norden 90 bis 110 %. - 6) Norden - 0,9 bis + 1,3° C. - 7) Süden 60 bis 130 %. - 8) Süden 90 bis 120 %. - 9) Norden - 0,4 bis + 0,7° C. - 10) Süden - 0,1 bis - 1,1° C. - 11) Norden 50 bis 110 %. - 12) Süden 80 bis 110 %. - 13) Süden 0,0 bis + 1,5° C. - 14) Süden 100 bis 170 %.

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Offenbach a. Main

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1969

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	26 (25)	4	5 (6)
Februar	28	24	4	4
März	31	26	5	5
1. Vierteljahr	90	76 (75)	13	14 (15)
April	30	24	4	6
Mai	31	24	5	7
Juni	30	24 (23)	4	6 (7)
2. Vierteljahr	91	72 (71)	13	19 (20)
Juli	31	27	4	4
August	31	26 (25)	5	5 (6)
September	30	26	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13 (14)
Oktober	31	27	4	4
November	30	24 (23)	5	6 (7)
Dezember	31	25	4	6
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	16 (17)
Kalenderjahr 1969	365	303	52	62
(Hessen)		(302)		(63)
(Bayern)		(302/300)		(63/65)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(301)		(64)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(300)		(65)
1. Halbjahr	181	148	26	33
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(147)		(34)
(Bayern)		(147/146)		(34/35)
(Baden-Württemberg)		(146)		(35)
2. Halbjahr	184	155	26	29
(Bayern)		(155/154)		(29/30)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(154)		(30)
(Saarland)		(153)		(31)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fallen:

6. Januar (Hl. drei Könige)  
 5. Juni (Fronleichnam)  
 15. August (Mariä Himmelfahrt)  
 1. November (Allerheiligen)

in Baden-Württemberg und Bayern  
 in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern  
 im Saarland, gebietsweise in Bayern  
 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (19. November) kein gesetzlicher Feiertag

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1970

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	26	5	5
Februar	28	24	4	4
März	31	24	4	7
1. Vierteljahr	90	74	13	16
April	30	26	4	4
Mai	31	23	5	8
Juni	30	25	4	5
2. Vierteljahr	91	74	13	17
Juli	31	27	4	4
August	31	26	5	5
September	30	26	4	4
3. Vierteljahr	92	79	13	13
Oktober	31	27	5	4
November	30	24	4	6
Dezember	31	25	3	6
4. Vierteljahr	92	76	12	16
Kalenderjahr 1970	365	303	51	62
(Hessen)		(302)		(63)
(Bayern)		(302/300)		(63/65)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(301)		(64)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(300)		(65)
1. Halbjahr	181	148	26	33
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(147)		(34)
(Bayern)		(147/146)		(34/35)
(Baden-Württemberg)		(146)		(35)
2. Halbjahr	184	155	25	29
(Bayern)		(155/154)		(29/30)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(154)		(30)
(Saarland)		(153)		(31)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fallen:

6. Januar (Hl. drei Könige)

28. Mai (Frauenleichnam)

15. August (Mariä Himmelfahrt)

1. November (Allerheiligen)

in Baden-Württemberg und Bayern

in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern

im Saarland, gebietsweise in Bayern

in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (18. November) kein gesetzlicher Feiertag